

Freitag, 03. August 2012, 06:45 Uhr

Zentrales Argument für Bienwald-Autobahn entfällt hagenbach/Strasbourg: Westumgehung Strasbourg wird nicht gebaut - Damit ist Lückenschluss im Autobahnnetz gescheitert

Der Lückenschluss im linksrheinischen Autobahnnetz ist an unerwarteter Stelle gescheitert. In der Südpfalz ist bisher nur die "Hagenbach-Variante" der Bienwald-Autobahn erledigt. Ein Ausbau der B9 zwischen der A35 (Lauterbourg) und A65 (Kandel-Süd) ist aber weiter möglich.

Allerdings fehlt jetzt ein zentrales Argument für diesen sogenannten "Lückenschluss": Die Westumgehung Strasbourg ist politisch gescheitert, eine Lücke wird also auf jeden Fall bleiben.

Seit 15 Jahren wird die Westumgehung Strasbourg politisch diskutiert. Seit 15 Jahren liefern sich Befürworter und Kontrahenten wegen des geplanten 24 Kilometer langen Autobahnstücks, das über mehr als 300 Hektar Ackerfläche laufen soll, einen Schlagabtausch. Zahlreiche Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen in Deutschland und im Elsass protestierten gegen die Verkehrsplanungen in der Region: Ausbau der B10, zweite Rheinbrücke Wörth/Karlsruhe, Bienwaldautobahn und Westumgehung Strasbourg.

Die Hoffnungen der Gegner haben sich erfüllt. Der neue französische Verkehrsminister Frederic Cuvillier hatte bekannt gegeben, dass der Staat dem bisherigen Konzessionär, dem Vinci-Konzern, den Auftrag für Bau und Betrieb des künftigen Autobahnteilstücks entzogen habe. Die Begründung: Vinci hätte keine Geldgeber für die benötigte Investitionssumme in Höhe von rund 750 Millionen Euro finden können. Angebote anderer Interessenten seien aus Kosten- und Risikoübernahmegründen nicht akzeptabel gewesen, hieß es in einer Regierungsmitteilung. Die Vinci-Gruppe ihrerseits hatte erklärt, mehrere Banken hätten ihre Beteiligung an der Finanzierung bereits zugesagt.

Seit den 70er-Jahren liegt das Projekt "Westumgehung Strasbourg" auf dem Tisch. 2002 kam es auf eine nationale Prioritätenliste mit 50 Projekten. Die zwischen dem Autobahnanschluss A35/A4 nördlich von Strasbourg und der Schnellstraße A352 südlich von Strasbourg in einem großen Bogen westlich verlaufende Umgehung hätte nach Meinung der Befürworter rund 20 Prozent des aktuellen Verkehrsaufkommens reduzieren können. Zurzeit fahren täglich bis zu 200.000 Fahrzeuge über die Stadtautobahn, einem Gebiet, in dessen Radius von 500 Meter mehr als 50.000 Menschen leben. Die Gegner, unter anderem Sozialisten und Grüne, hingegen verweisen auf die Vernichtung von 300 Hektar guten Ackerlandes und die Gefährdung geschützter Arten.

Im Elsaß ist die Entscheidung gegen die Westumgehung umstritten: Für Philippe Richert, Präsident des elsässischen Regionalrates, der die Entscheidung der neuen sozialistischen Regierung in Frankreich auf das äußerste bedauert, ist es keine wirtschaftliche Entscheidung sondern eine politische. So sei bekannt, dass der Bürgermeister von Strasbourg, Roland Ries, schon lange gegen die Westumgehung ist. Diese Entscheidung sei getroffen worden ohne Absprache mit den Partnern der Region, sagte Richert. Auch habe man die vertragliche Verpflichtungen mit dem Staat übergangen.

Andree Buchmann (Grüne/Sozialisten) hingegen freut sich über die Entscheidung. Das viele Geld, das für das Projekt der Westumgehung verschwendet worden wäre, solle besser in alternative Verkehrs- und Transportmittel investiert werden. Auch Bürgermeister Ries und Jacques Bigot, Präsident der Stadtgemeinschaft Strasbourg können sich als Alternative zum jetzigen Verkehrschaos einen besseren Schienenverkehr vorstellen. (lap/aer)
